



Mobilität ist Teilhabe

Überall einfach einsteigen und losfahren. Egal, ob in den Urlaub, zur Arbeit, zum Besuch von Freund:innen oder zum Konzert. Nicht lange planen und keine Sorge haben müssen um den Anschluss. So wünschen sich viele Menschen das Angebot von Bus und Bahn. Ganz so weit ist es aber noch nicht. Geschichten über abenteuerliche Bus- und Bahnerlebnisse gehören vielerorts zum üblichen Smalltalk auf längeren Reisen. Doch so soll es nicht bleiben. Mit dem 9-Euro-, nun 49-Euro-Ticket, zeigte sich, was möglich ist, um den Tarifschlingel der Verkehrsverbünde zu durchdringen. Nun muss der Bund finanzielle Sicherheit liefern, damit das „Deutschlandticket“ künftig eher günstiger statt teurer wird. Und es gibt bereits viele Ideen und Projekte, mit denen Mobilität überall gleich gut gestaltet werden kann.

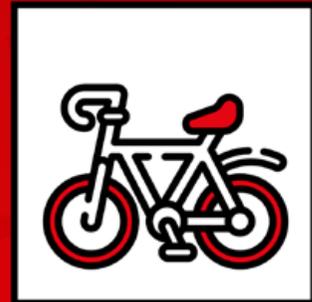
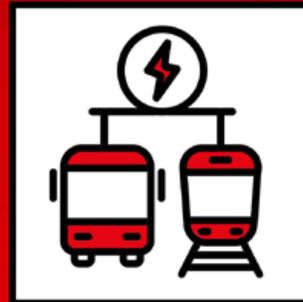
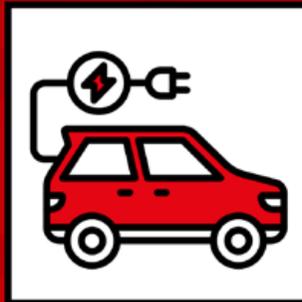
Längst haben sich Menschen zusammengefunden und Vereine gegründet, die zum Beispiel Bürger:innenbusse etablieren wollen. Kommunale Verkehrskonzepte sind kein Randthema mehr, sondern Menschen wollen mitreden, damit Stadt und Land gut miteinander verbunden werden. Damit der Umstieg vom eigenen Auto auf Bus und Bahn auf dem Weg zum Ziel einfacher wird. Und das ist gut so, denn all das ist eine zutiefst soziale Frage. Mobilität bedeutet auch Teilhabe am sozialen, kulturellen und politischen Leben. Sie ist ein Baustein für Klimagerechtigkeit. Das Land geht hier mit den Ideen zur Verlagerung von Verkehr von der Straße auf die Schiene oder dem erst mal sperrig klingenden „Integralen Taktfahrplan“ wichtige Schritte und investiert in die Verkehrsinfrastruktur. Wie die konkreten Ideen in den Dörfern und Städten verbunden werden können mit den Projekten auf der Landesebene, damit wir Mobilität überall gleich gut gestalten, das wollen wir mit Ihnen diskutieren.

Christian Schaft, Sprecher für Wissenschaft, Hochschule und Forschung

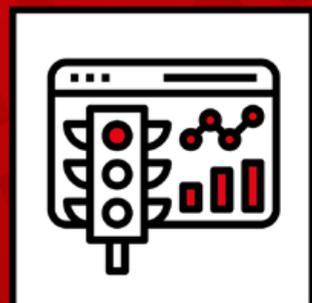
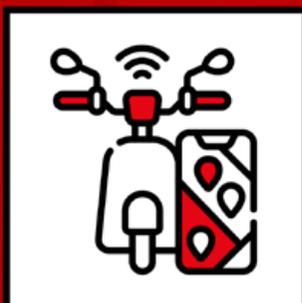
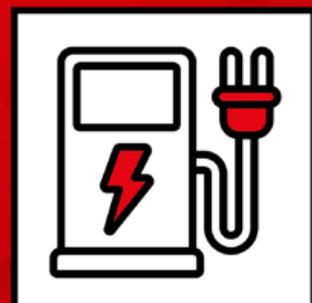
THÜRINGEN



**ÜBERALL
GLEICH GUT.**



**MOBILITÄT. Überall gleich gut.
BAD LOBENSTEIN – 27.09.23**



Linker Ticker

Zum gefallenem Urteil im sogenannten „Turonen-Prozess“ erklärt **Katharina König-Preuss**, Sprecherin für Antifaschismus der Fraktion DIE LINKE: „Es ist ein gutes, ein klares Signal, das mit diesen Urteilen - mehrjährige Haftstrafen zwischen zwei und 11 Jahren für militante Neonazis - einhergeht. Damit wäre die erste Führungsriege der extrem rechten, kriminellen Bruderschaft Thüringen-Turonen / Garde 20 zerschlagen, sobald das Urteil rechtskräftig ist. Es bleibt zu hoffen, dass auch im am Landgericht Gera laufenden Prozess gegen die zweite Führungsebene der Turonen/ Garde 20 ähnlich hohe Urteile fallen. Damit wäre die enorm gefährliche Struktur der Turonen, die in den vergangenen Jahren die entscheidende Neonazi-Kameradschaft in Thüringen darstellte, bereits an zentralen Stellen handlungsunfähig. Fragwürdig ist meines Erachtens jedoch, dass das Gericht trotz eines deutlichen Plädoyers der Staatsanwaltschaft keine kriminelle Vereinigung hinter den Turonen/ Garde 20 und ihren Machenschaften erkennen wollte. Erneut wird meines Erachtens verkannt, wie rechte Netzwerke funktionieren.“ +++ Zu den vorgelegten Empfehlungen der Arbeitsgemeinschaft Hochschulentwicklung 2030+, die auf der 5. Thüringer Landeswissenschaftskonferenz diskutiert wurden und Thema im Wissenschaftsausschuss sind, meint **Christian Schaft**, Sprecher für Wissenschaft, Hochschule und Forschung der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag:

„Die Arbeitsgruppe im Auftrag des Wissenschaftsministeriums hat die zentralen Handlungsfelder und Themen für die Zukunft der Thüringer Hochschullandschaft in den Blick genommen. Nun gilt es, diese Empfehlungen an den einzelnen Hochschulstandorten mit allen Statusgruppen, wie den Studierenden und Beschäftigten, zu diskutieren.“ Insbesondere mit Blick auf die Vorschläge zu Standortkooperationen in der Verwaltung und bei IT, Verbesserungen von Beschäftigungsbedingungen oder auch die Vorschläge zur Entwicklung von Studium und Lehre meint der Abgeordnete: „Sollen alle Beteiligten vom Verwaltungspersonal, über Mittelbaubeschäftigte oder Studierende auf diesem Weg mitgenommen werden, ist der Austausch mit ihnen unerlässlich.“

Impressum

Herausgeberin:
Fraktion DIE LINKE, im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt

Redaktion: Lisa Hilpert
V.i.S.d.P.: Olaf Weichler

Telefon: 0361 377-2620
E-Mail: weichler@die-linke-thl.de
Web: www.die-linke-thl.de

Redaktionsschluss: 07. September 2023

Alternative Arbeitsmodelle

Möglichkeiten zur Bewältigung des Arbeits- und Fachkräftebedarfes in Thüringen



Die 4-Tage-Woche steht als alternatives Arbeitszeitmodell zunehmend in der gesellschaftlichen Debatte. Ende August hat die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag eine thematische Fraktionssitzung zu der Thematik veranstaltet, um dieses Thema auch im parlamentarischen Raum zu behandeln. Als Referentin ist hierzu Dr. Kathrin Mohr geladen worden, Mitglied des IG Metall Bundesvorstand und politische Sekretärin für den Bereich Grundsatzzfragen und Gesellschaftspolitik. Zunächst stellte Dr. Kathrin Mohr die Dauer und Gestaltung von Arbeitszeit vor. Hierzu gehört unter anderem die Einführung des 8-Stunden-Tages 1918 im Nachgang der Novemberrevolution. Daran schloss sich eine Debatte innerhalb der Fraktion an.

Atraktive Arbeitsmodelle

Die arbeits- und gewerkschaftspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Lena Sanieye Güngör, äußert dazu:

„Der steigende Arbeits- und Fachkräftebedarf in Thüringen führt zu neuen Konstellationen auf dem Thüringer Arbeitsmarkt. Die Arbeitnehmenseite wird in den nächsten Jahren eine gestärkte Position gegenüber der Unternehmensseite einnehmen, jedoch wird dies je nach Branche unterschiedlich ausgeprägt sein. Eine 4-Tage-Woche kann hier als ein alternatives Arbeitszeitmodell verstanden werden, welches die Attraktivität von Unternehmen und Branchen erhöhen kann. Außerdem kann sie zu einer gerechteren Aufteilung von Care-Arbeit beitragen, da beide Elternteile in gleichen Maße Zeit für diese Aufgaben zur Verfügung hätten und das Gefälle zwischen immer noch vorwiegend weiblich geleisteter Care-Arbeit und männlicher Vollzeitarbeit abgebaut wird.“ Im Austausch mit Dr. Kathrin Mohr wurde deutlich, dass der Kampf um Arbeitszeitsouveränität ein zentraler Aspekt gewerkschaftlicher Konflikte ist, sowohl historisch als auch gegenwärtig betrachtet. Die Stei-

gerung der Arbeitsproduktivität der letzten Jahrzehnte kommt nicht in gleichem Maße bei den Beschäftigten an, hier setzt das Konzept der 4-Tage-Woche an

Ost-West-Gefälle

„Ein weiterer Punkt ist das immer noch große Ost-West-Gefälle hinsichtlich der Arbeitszeiten und des Lohnes. Die Durchschnittsarbeitszeit in Ostdeutschland beträgt 38,7 Stunden pro Woche, in Westdeutschland sind es nur 37,6 Stunden. Von einer Absenkung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich würden deshalb gerade Beschäftigte in Thüringen profitieren. Die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag setzt sich mit der Thematik einer 4-Tage-Woche, ihre Möglichkeit und Auswirkung auf Unternehmen und Branchen und Wechselwirkungen auf alle Bereiche der Arbeitswelt deshalb bereits auseinander und behandelt diese in einem offenen Diskussionsprozess“, so Güngör.

Zum kommunalen Finanzreport 2023

Maurer und Schubert für mehr Nachhaltigkeit in Thüringer Kommunen

Der Anfang September veröffentlichte kommunale Finanzreport 2023 der Bertelsmann Stiftung zeigt einerseits geringe eigene Steuereinnahmen der Kommunen in Thüringen, andererseits belegen die Zahlen ein Wachstum der Steuereinnahmen von 1,7 Milliarden auf 2,1 Milliarden Euro.

Katja Maurer, kommunalpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, erklärt: „Die Studie zeigt auch, dass Geld allein nicht ausreicht, um mehr Nachhaltigkeit in den Thüringer Kommunen auf den Weg zu bringen. Investitionsmaßnahmen können unter anderem wegen fehlender Fachkräfte sowie Material- und Lieferkettenproblemen, besonders seit der

Corona-Pandemie, nicht umgesetzt werden. Die Herausforderungen vor Ort sind und bleiben enorm.“ Laut der Studie haben die Kommunen in Thüringen als einzigem Bundesland trotz gestiegener Aufgaben seit 12 Jahren durchgehend Überschüsse erwirtschaftet. „Die Landesregierung liefert und sorgt für eine auskömmliche finanzielle Unterstützung der Thüringer Kommunen. Auch wenn sich vor Ort Unterschiede zeigen, sind die Rücklagen insgesamt auf ein neues Hoch von 1,8 Milliarden Euro gewachsen. Das ist eine gehörige Summe, die sich genau angesehen werden muss“, ist Maurer überzeugt. Andreas Schubert, wirtschaftspolitischer Sprecher, fügt hinzu: „Mit der Verab-

schiedung des Nachhaltigkeitsantrags von DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im April dieses Jahres wollen wir die Thüringer Kommunen in Sachen Nachhaltigkeit für die Zukunft aufstellen. Dafür fordern wir einen revolvierenden Nachhaltigkeitsfonds, um Investitionen auf einem hohen Niveau zu verstetigen. Kommunen sind wichtige Akteure, um Thüringen klimaneutral zu machen. Die Herausforderungen der Energiewende sind mit großen Chancen und auch erheblichen langfristigen Einsparpotentialen verbunden. Deshalb braucht es auch zusätzliche Finanzierungsinstrumente, auch um den Wirtschaftsstandort Thüringen zukunftsfähig zu gestalten.“

Kommunalpolitische Konferenz in Weimar

Einladung zu Vernetzung und Austausch

Die Kommunalpolitische Konferenz (KoPoKon) ist ein Format zur Vernetzung und Austausch für kommunal Aktive aus großer Stadt und flachem Land, aus dem hohen Norden und dem bergigen Süden, mit viel oder auch wenig politischer Erfahrung, aber mit einem großen Herz für kommunale Politik. Vernetzen, diskutieren, austauschen, feiern, weiterbilden: das können Gemeindevertreter:innen, Stadträt:innen, Bürgermeister:innen, Kreistagsmitglieder und alle lokal und regional Engagierten oder Interessierten vom 15. bis 17. September 2023 in Weimar. Mehrere Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag werden ebenso anwesend sein. Die bundesweite Kommunalpolitische Konferenz wird gemeinsam von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, den Thüringengestaltern, den Fraktionen DIE LINKE im Bundestag, im Landtag Thüringen sowie im Stadtrat Weimar ausgerichtet.

Wir haben Vernetzungs-, Inhalts- sowie Weiterbildungsthemen für euch in petto, Zeit für Austausch, Begegnung und Kultur sowie Exkursionen zu Linke im Weimarer Land. Die bundesweite Kommunalpolitische Konferenz wird gemeinsam von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, den Thüringengestaltern, den Fraktionen DIE LINKE im Bundestag, im Landtag Thüringen, sowie im Stadtrat Weimar ausgerichtet.

Veranstaltung:

15.09.2023, 16:00 - 17.09.2023, 18:00 Uhr. Kultur- und Jugendzentrum „Monami“, Goetheplatz 11, 99423 Weimar



Mehr Informationen zur Konferenz auf:
www.rosalux.de

KoPoKon Kommunalpolitische Konferenz



Ein Haushalt für das Land

Steffen Dittes zur Landespressekonferenz

„Es handelt sich nicht um einen Haushalt der Landesregierung, sondern um einen Haushalt, der die vielen Aufgaben des Landes Thüringen in der Daseinsvorsorge für uns alle in den Blick nimmt“, erklärte Fraktionsvorsitzender Steffen Dittes bei der Landespressekonferenz eine Woche vor dem September-Plenum im Thüringer Landtag. „Wir befinden uns jetzt in der Anlaufphase, im Plenum erfolgt dann der politische Schlagabtausch, danach werden Gespräche geführt.“ Der Haushalt soll voraussichtlich im Dezember beschlossen werden (der Redaktionsschluss dieser Ausgabe erfolgt vor der Tagung des Haushalts- und Finanzausschusses, in dem der Zeitplan beschlossen wird).

Dittes betonte die Notwendigkeit eines lebendigen öffentlichen Haushalts, der verschiedene Faktoren wie steigende Energiekosten und Preissteigerungen bei Investitionen berücksichtigen

müsse. Er hob auch hervor, dass er die Situation auf Bundesebene als besonders bedenklich empfinde, wo es zu drastischen Kürzungen im Bereich der Integrationsmittel, Migrationsberatung, Jugend- und Migrationsdienste sowie psychosozialen Beratung von Geflüchteten komme. Landesweit gebe es Bemühungen, Menschen zu integrieren und in den Arbeitsmarkt zu bringen. Dittes unterstrich dabei, dass Thüringen über eine Million ukrainischer Geflüchteter aufgenommen habe, während der Bund die Mittel für die Migrationsberatung um 30 Prozent kürze. Hier müsse das Land einspringen.

Ebenso betonte der Fraktionsvorsitzende, dass den oft erwähnten „Rekordausgaben“ des Landeshaushalts auch „Rekordeinnahmen“ gegenüberstünden. Dies gehöre ebenfalls zur Wahrheit dazu.

Titel-Thema



Mobilität. Überall gleich gut.

In der Stadt und auf dem Land - gleiche Chancen mobil zu sein

Foto: Marius Matuschik/unsplash.de

Mobilität steht heute mehr denn je im Mittelpunkt der Diskussion. Die Wege zur Arbeit, zur Kita, zur Schule, zum Arzt, zu Einkaufsmöglichkeiten und Freizeitangeboten müssen bewältigt werden. Sie werden teilweise durch den Bevölkerungsrückgang in Klein- und Mittelstädten, die Veränderung der Altersstruktur, den prognostizierten Rückgang der Schülerzahlen und Versorgungseinrichtungen deutlich länger und schwieriger. Dies betrifft insbesondere den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in vielen Regionen, um eine Mobilitätsgarantie gerade für die Menschen zu gewährleisten, die nicht auf das Auto zurückgreifen können. Dabei sind intelligente und flexible Lösungen gefragt, wie beispielsweise Anrufsammeltaxis, Bürgerbusse, Carsharing, On-Demand-Verkehr, Bike & Ride und Park & Ride. Diese müssen alle gut mit Bus und Bahn ver-

knüpft sein. Mit den landesbedeutenden Buslinien, den PlusBussen und einem gut vernetzten Bahnnetz, das auf Dekarbonisierung ausgerichtet ist, hat die Landesregierung in Zusammenarbeit mit den Verkehrsunternehmen und Verbänden gute Konzepte entwickelt.

Die Einführung des Deutschlandtickets hat zu einer erhöhten Nachfrage in Zügen und Bussen geführt. Viele Menschen haben das Abo erworben, was die Nutzung des Nahverkehrs bundesweit einfacher und preiswerter gemacht hat. Auf der anderen Seite steigt derzeit die Zahl der PKW in fast allen Regionen signifikant an. Ebenso beobachten wir, dass der Güterverkehr auf der Straße zunimmt, während die Verlagerung auf die Schiene langsam vorgeht. Es ist für uns von großer Bedeutung, Mobilität ganzheitlich zu betrachten und sie nachhaltig, bezahlbar und

barrierefrei zu gestalten – sowohl in der Stadt als auch im ländlichen Raum. Das Bedürfnis nach Mobilität hat jedoch auch Konsequenzen. Einerseits ermöglicht Mobilität die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, andererseits führt sie zu Verkehr. Ein neues Verständnis von Mobilität erfordert daher die Auseinandersetzung mit der Tatsache, dass der Verkehr neben der Industrie einer der Hauptverursacher klimaschädlicher Emissionen ist. Je nach Wahl des Verkehrsmittels ergeben sich unterschiedlich starke Belastungen für Umwelt und Klima, Lärm und Flächenverbrauch. Diese Faktoren wirken sich unterschiedlich auf die Lebensqualität und die Gesundheit der Bevölkerung aus. Haushalte mit niedrigerem Einkommen sind aufgrund ihrer Wohnlage häufiger von den Umweltbelastungen des Verkehrs, wie Lärm und Luftschadstoffe, betroffen. Um die Verkehrswen-

de zu erreichen, müssen alle Menschen die Möglichkeit haben, auf umweltfreundlichen Verkehrsmitteln umzusteigen. Dafür sind – insbesondere in einer älter werdenden Gesellschaft – überall barrierefreie Reisemöglichkeiten erforderlich, angefangen bei der Beschaffung von Fahrscheinen über die Bereitstellung von Fahrgastinformationen bis hin zur Gestaltung der Verkehrsmittel und Haltepunkte. Zudem sind gut vernetzte Reiseketten und ein zuverlässiges, an den Bedürfnissen der Nutzer:innen orientiertes, Angebot notwendig. Daher muss der Bund seine Unterstützung für Kommunen, Verkehrsunternehmen und Länder erhöhen und langfristig planbar gestalten. Ein kostengünstiger erster Schritt wäre bereits ein Tempolimit auf Autobahnen und die Möglichkeit für kommunale Entscheidungen über Tempo 30 in den Ortschaften.

THÜRINGEN



**ÜBERALL
GLEICH GUT.**



MOBILITÄT. Überall gleich gut.

Bedarfsgerechte Infrastruktur.

BAD LOBENSTEIN 27.09.23

www.gleichgut.de
gleichgut@die-linke-thl.de
#gleichgut

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

Einladung zur Veranstaltung

Fraktion DIE LINKE in Bad Lobenstein

„Mobilität. Überall gleich gut“ heißt für uns, dass jede und jeder in Thüringen – egal, ob er oder sie in einer unserer größeren Städte oder im ländlich geprägten Raum lebt – die gleichen Chancen hat, auf unterschiedlichste Art flexibel unterwegs zu sein.

Um über Wünsche der Bürgerinnen und Bürger vor Ort und unsere Ideen für einen bedarfsgerechten Verkehr diskutieren zu können, laden wir am Mittwoch, 27. September 2023, ab 12:30 Uhr zu unserer öffentlichen Fraktionssitzung in das Bad Lobensteiner Kulturhaus, Straße der Jugend 10b, ein. Im Anschluss an die Fraktionssitzung finden unter anderem Bürgersprechstunden in Bad Lobenstein statt.

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme und bitten um Bestätigung Ihres Kommens bis zum 15.09.2023 per Mail an:

gleichgut@die-linke-thl.de



„Ich freue mich auf einen konstruktiven Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort“

Gundrun Lukin
Sprecherin für Verkehr und Mobilität



Mehr Geld für unsere Kindergärten

„Bei der Novelle des Thüringer Kindergartengesetzes geht es ganz grundsätzlich um unsere Vorstellungen frühkindlicher Erziehung in Zukunft und wie wir diese für Thüringen weiter gestalten wollen“

Daniel Reinhardt

Sprecher für frühkindliche Bildung und Ausbildungspolitik

Gemeinsame Pressekonferenz von R2G

Anfang August fand eine Pressekonferenz der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur „großen“ Novelle des Thüringer Kindergartengesetzes statt.

Dabei informierten die Abgeordneten die Öffentlichkeit darüber, dass in Thüringens Kindergärten zukünftig die Betreuung verbessert und die Eltern von Kindergartenkindern noch stärker finanziell entlastet werden sollen. Ab dem 1. August 2024 soll sich eine Personalstelle nur noch um zwölf statt, wie derzeit der Fall, um 14 bis 16 Kinder kümmern. Damit sollen den Einrichtungen künftig bis zu 1.200 zusätzliche Erzieher:innen-Vollzeitstellen zur Verfügung stehen.

Ab Anfang August 2023 soll auch die Altersgruppe der Über-Drei- bis Vierjährigen von der Beitragsfreiheit profitieren. Damit sind dann die letzten 36 Monate der Kindergartenzeit vor dem Schuleintritt beitragsfrei. Thüringer Familien werden so um bis zu 1.500 Euro im Jahr finanziell entlastet. Ebenso ist ein Zentrum für frühkindliche Bildung geplant. Die Aufgaben sollen insbesondere im Transfer von wissenschaftlichen Erkenntnissen und Modellkonzepten zwischen Praxis und Forschung liegen, in der Fort- und Weiterbildung für pädagogische Fachkräfte stattfinden sollen.

Zentrum für frühkindliche Bildung

Ab nächstem Jahr möchte das Land darüber hinaus ein Zentrum für frühkindliche Bildung fördern. „Die Aufgaben des Instituts bestehen insbesondere im Transfer von wissenschaftlichen Erkenntnissen und Modellkonzepten zwischen Praxis und Forschung sowie in der praxisnahen Fort- und Weiterbildung für pädagogische Fachkräfte und Fachberatungen“, erklärte Daniel Reinhardt, Sprecher für frühkindliche Bildung und Ausbildungspolitik in der Pressekonferenz den Anwesenden.

Unsere 29

Mit 29 Abgeordneten stellt DIE LINKE die mit Abstand die größte Fraktion im Thüringer Landtag. In dieser Rubrik stellen wir Ihnen unsere Abgeordneten näher vor.



Diesmal: Kati Engel

Kati Engel wurde 1983 in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) geboren. Sie ist gelernte Verkaufsauffrau und schloss ihre Ausbildung 2013 ab. Im Anschluss arbeitete sie im Wahlkreisbüro der damaligen Landtagsabgeordneten Johanna Scheringer-Wright. Seit 2014 ist sie Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag und dort als Kinder- und Jugendpolitische Sprecherin und Sprecherin für Suchtprävention tätig. Neben ihrer Arbeit im Landtag engagiert sie sich als Vorsitzende des Thüringer Verbandes der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschisten e.V.. Außerdem ist sie verheiratet und hat zwei Kinder.

Warum liegt dir Kinder- und Jugendpolitik besonders am Herzen?

Da Kinder und Jugendliche nicht in politischen Gremien vertreten sind und ihre Meinung und Belange dadurch oftmals übersehen bzw. wissentlich ignoriert werden, ist es mein Ziel, diesem Ungleichgewicht in der Politik entgegenzuwirken. Ich vertrete die Belange der Kinder und Jugendlichen im Gesetzgebungsverfahren und mache mich für die Umsetzung ihrer Rechte stark. Mein Herzenswunsch ist es, dass irgendwann die UN-Kinderrechtskonvention in allen politischen Bereichen auch Berücksichtigung findet.

Wie hältst du dich sportlich aktiv, wenn du nicht am Schreibtisch sitzt?

Eines der wichtigsten Kinderrechte ist das Recht auf Spiel (Artikel 31). Daher verbringen meine Kinder und ich einen Großteil unserer Freizeit auch draußen im Wald und auf dem Spielplatz.

Daneben bin ich Kleingärtnerin und Mitglied des Fanfarenzuges der Wartburgstadt. Das ist besser als jedes Fitnessstudio.

Für welche:n Musiker:in oder welche Band würdest du fünf Stunden fahren, um ein Konzert zu besuchen?

Ich würde bis zum Nordkap und weiter fahren, wenn ich noch einmal Atari Teenage Riot live sehen könnte.



„Jedes Kind braucht eine Zukunft!“ - unter diesem Motto rufen das Deutsche Kinderhilfswerk und UNICEF anlässlich des Weltkindertages dazu auf, die Rechte von Kindern konsequenter in den Blick zu nehmen. „Kinderinteressen werden an vielen Stellen immer noch systematisch ausgeblendet“, erläutert die kinderpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Kati Engel. „Deshalb braucht es dringend die Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz sowie eine deutliche Stärkung der demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen.“

Bereits 1989 wurde die Kinderrechtskonvention von der UN-Generalversammlung angenommen. Die Kinderrechtskonvention wurde inzwischen auch von allen UN-Mitgliedsstaaten (ausgenommen der USA) ratifiziert. Die Konvention fußt auf drei Säulen: dem Recht auf Schutz, dem Recht auf Förderung der Entwicklung und dem Recht auf Beteiligung der Kinder. „Kinderrechte sind in der UN-Kinderrechtskonvention zwar verankert. Das heißt aber nicht, dass Kinderrechte auch gewahrt sind. Das müssen wir leider auch für Deutschland immer wieder feststellen“, so die kinderpolitische Sprecherin, Kati Engel. „Kinder und Jugendliche können ihre Belange weder durch ihre Stimme bei der Wahl noch durch eine starke Lobby, wie sie zum Beispiel Autokonzerne haben, durchsetzen. So ist es kein Wunder, dass Deutschland bei der Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz in den letzten 30 Jahren keinen Schritt weitergekommen ist. Zudem fehlt nach wie vor eine Gesamtstrategie zur Bekämpfung der Kinderarmut in der Bundesrepublik.“

Jedes fünfte Kind wächst in Armut auf

Jedes fünfte Kind in Deutschland wächst in Armut auf. Doch keines dieser Kinder hat es sich ausgesucht. „Wir dürfen als Gesellschaft nicht zulassen, dass diese Umstände zukünftige Leben prägen“, unterstreicht die Kinderpolitikerin Kati Engel. „Es besteht leider immer noch eine erhebliche Chancenungleichheit: Arme Kinder leiden nicht nur unter schlechter Ernährung und unzureichender ärztlicher Versorgung. Sie haben auch schlechtere Chancen auf Bildung. Ihre Möglichkeiten der ge-

sellschaftlichen Teilhabe und sozialen Beziehungen sind ebenso stark eingeschränkt, da sie von vielen Bereichen des Lebens - Kinobesuche oder Musikunterricht - ausgeschlossen sind“, erläutert Engel. „Und wenn der Kampf gegen die Kinderarmut nicht endlich priorisiert wird, dann wird eine erhebliche Chance vertan. Die Beeinträchtigung von Gesundheit und Bildungschancen von Kindern, die in Armut aufwachsen, wirkt sich schlussendlich auch wirtschaftlich aus!“

Kindergrundsicherung nicht ausreichend

Engel begrüßt in diesem Zusammenhang die Einigung der Bundesregierung bei der geplanten Kindergrundsicherung. Die Leistungsbündelung und verbesserten Zugänge von Kindern seien wichtige Hebel. Die Kindergrundsicherung sei aber nach jetzigem Planungsstand nicht der erhoffte große Schritt hin zum Paradigmenwechsel. Dafür wurden im Laufe der regierungsinternen Beratungen zu viele Abstriche an den ursprünglichen Zielen der Kindergrundsicherung gemacht. „Die Kindergrundsicherung muss sich an den tatsächlichen Bedarfen der Kinder und Jugendlichen orientieren“, mahnt die Abgeordnete. „Dafür braucht es mehr finanzielle Mittel im Haushalt und vor allem eine zügige Neubemessung des kindlichen Existenzminimums.“ Hier sei man wieder am Anfang der Argumentationskette: Wären die Kinderrechte im Grundgesetz verankert, könnten die Belange von Kindern und Jugendlichen besser eingefordert und sogar rechtlich eingeklagt werden. Dies ist ein grundlegender Schritt, um kindgerechte Lebensverhältnisse und bessere Entwicklungschancen für alle Kinder zu schaffen, ihre Rechtsposition zu stärken und Kinder an den sie betreffenden Entscheidungen zu beteiligen, erläutert die Abgeordnete. „Doch dafür müssen wir endlich aufhören, Kinder allein als Bestandteil von Familien zu betrachten. Kinder und Jugendliche sind eben keine kleinen Erwachsenen, sondern Träger eigenständiger Rechte im Sinne der Kinderrechtskonvention. Viel zu lange haben die Kinderrechte in Deutschland nur eine nachrangige Rolle gespielt, obwohl sie der Grundstein für eine zukunftsfähige Gesellschaftspolitik sind. Es ist daher

an der Zeit, dass die Interessen von Kindern und Jugendlichen endlich in allen Bereichen konsequent aufgegriffen werden“, appelliert die Kinderpolitikerin abschließend.

Mehr zum Weltkindertag

Das Deutsche Kinderhilfswerk feiert den Weltkindertag digital mit einem großen „Kinderrechte-Spezial“ für Kinder. Ab sofort dreht sich auf www.kindersache.de/weltkindertag im gesamten Monat September alles um die Themen Zukunft und Mitbestimmung. Hier können die Kinder mehr über ihre Rechte erfahren, thematische Unterhaltungsangebote wahrnehmen oder selbst aktiv und kreativ werden.

Mehr Familienzeit!

„Zeit füreinander zu haben, ist für Familien sehr wertvoll, denn im beruflichen Alltag der Eltern kommen die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen oft zu kurz. Mit dem Weltkindertag am 20. September haben wir in Thüringen 2019 einen gesetzlichen Feiertag eingeführt, der ausdrücklich den Kindern und den Familien gehört. Er bedeutet zusätzliche gemeinsame Zeit, schöne Erlebnisse, Freude und Aufmerksamkeit für die Kinder. Das ist ganz wichtig, gerade in unserer Zeit, wo Familien in vieler Beziehung zusätzlich belastet sind.“



Cordula Eger
Sprecherin für Familie und Senioren

„Man muss draußen sein damit die Menschen Vertrauen aufbauen können“

Karola Stange unterwegs mit Erfurter Streetworkern

Karola Stange, Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, begleitete zwei Streetworker der AIDS-Hilfe Thüringen e. V., Jens Hase, und seine Kollegin Marie Schmidt, bei einem Rundgang durch Erfurt. Stange besucht regelmäßig Verbände, Vereine oder Akteure aus ihrem Wahlkreis in Erfurt, um über ihre Arbeit zu informieren und im Kontakt zu bleiben. An diesem Mittwoch im Juli wollte sie nun mehr über den Arbeitsalltag der Streetworker erfahren. In der rund zweihunderttausend Einwohner:innen Stadt Erfurt sind zehn Streetworker unterwegs, aufgeteilt in vier Gruppen, die unterschiedliche Stadtgebiete betreuen. Zwei Teams sind davon vom Jugendamt eingestellt, die anderen zwei über freie Träger. Die AIDS-Hilfe Thüringen e. V. beschäftigt bereits seit 20 Jahren Streetworker und stellt Beratungsräume, aber auch Duschen und Waschmöglichkeiten zur Verfügung. Jens Hase ist seit vielen Jahren im Einsatz, um Menschen in schwierigen Lebenssituationen zu unterstützen, denn er weiß auch aus persönlichen Erfahrungen, was es heißt, keinen festen Wohnsitz zu haben, erzählt er gleich zu Beginn.

Obdachlose Einzelgänger

Die Runde startet am Erfurter Anger, einem belebten Platz in der Landeshauptstadt, der auch als Gefahrengelände eingestuft ist. Seit 1. September 2023 ist hier eine Polizeidienststelle eingerichtet worden. Einige Obdachlose, die hier ihr Quartier aufschlagen haben, freuen sich darüber, so berichtet Jens. Denn auch sie fühlen sich von einzelnen Gruppen auf dem Anger gestört oder gar belästigt. Der Streetworker betont, dass der Großteil der Obdachlosen hier keine Drogen nimmt, doch kleinere Gruppen, die es tun, fallen besonders auf. Dies sei aber nicht die Regel, erklärt Marie. Die meisten Obdachlosen seien Einzelgänger:innen und wollen eher keine Aufmerksamkeit erregen.

Marie und Jens gehen zwei bis drei Tage pro Woche auf eine feste Runde durch Erfurt. Der Anger ist dabei nur einer der Orte, die sie besuchen. Ein weiterer ist zum Beispiel der Brühler Garten, ein Parkgelände im Erfurter Brühl. Hier treffen die Streetworker und die Abgeordnete Fritz. Ihm war es auf dem Anger zu stressig geworden, hier im Brühler Garten habe er seine Ruhe, erzählt der Mann im Rentenalter. Er habe sich mit seinem Leben auf der Straße arrangiert, im Gespräch mit ihm wird aber deutlich, dass ihn auch psychische Probleme plagen. Karola Stange bedankt sich bei ihm für seine Offenheit. „Solche Begegnungen zeigen, wie komplex und individuell die Lebenssituationen der Menschen sind, mit denen die Streetworker täglich in Kontakt kommen“, resümiert sie. Sie sieht



auch, wie wichtig es ist, dass die Streetworker rausgehen, mit den Menschen sprechen und sich und ihre Arbeit immer wieder in Erinnerung rufen. Im Vorbeigehen grüßt Jens viele Leute. „Man muss draußen sein damit die Menschen Vertrauen aufbauen können. Früher war es auch noch einfacher. Aber gerade die junge Generation ist heute schwer zu erreichen.“ In den Anfangsjahren habe es zwar auch länger gedauert, um Vertrauen in den Gruppen der wohnungslosen Menschen aufzubauen. Heute jedoch falle man bei den Jugendlichen kaum als Anlaufstelle auf. Sie wüssten oft nicht, dass Hilfe vorhanden sei oder wie sie wieder in das soziale System eingegliedert werden können. Daher nutzen Jens und Marie auch den Kontaktweg über die Personen, die schon länger auf der Straße leben.

Frauen auf der Straße

Auf Nachfrage, wie es um junge Frauen ohne festen Wohnsitz stehe, erklärt Jens, dass auffällig sei, dass diese schneller wieder „von der Straße weg sind“. Meist, weil sie sich in Beziehungen zu Männern mit Wohnungen begehen. „Sicherlich sind darunter auch mal echte Liebesgeschichten dabei. Aber viele nutzen die Situation junger Frauen auch einfach nur aus.“ Es gäbe aber auch immer mehr feste Mädchen-Gangs, die selbstbewusster und stärker im Zusammenhalt werden, berichtet Jens. Oft seien sie harmlos, teilweise aber auch aggressiv unterwegs. Marie arbeitet seit einem Jahr als Streetworkerin in Erfurt, davor war sie als Sozialarbeiterin in Dresden angestellt. Neben den Runden in der Stadt betreut sie

„Die Unterstützung von obdachlosen Menschen ist von unschätzbarem Wert und verdient unsere Anerkennung und Wertschätzung.“

Karola Stange

Sprecherin für Gleichstellung, Behindertenpolitik und Soziales

auch Schulprojekte, die sich mit sexueller Aufklärung beschäftigen. Sie sei schnell in der Arbeit mit den Wohnungssuchenden angekommen und habe viel positive Resonanz erfahren. Jedoch gehe sie die Runden durch die Stadt nie allein. Meistens mit Jens oder ihrer dritten Kollegin. „Allein würde ich die Besuche nicht machen. Ich fühle mich bei manchen Personen als Frau nicht sicher“, erklärt sie Karola Stange. Jens bestätigt, dass manche, die kaum soziale Kontakte zu Frauen haben, teilweise einen übergriffigen Umgang pflegen und es deshalb besser sei, im Team zu arbeiten.

Die Arbeit der Streetworker wird auch von der Landesregierung unterstützt, wie beispielsweise mit dem Drug-Checking-Projekt, das unter den Koalitionsfraktionen von DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingeführt wurde. Am Kaffeetrichter ist hierfür eigens eine Anlaufstelle eingerichtet worden. Beim Drug-Checking werden durch verschiedene Testmetho-

den Drogen auf ihre Zusammensetzung und Beschaffenheit hin überprüft. Sollten dabei bedenkliche Inhaltsstoffe gefunden werden, können Konsumenten gewarnt und es kann ihnen vom Konsum abgeraten werden. Mit den Testergebnissen werden zielgerichtete, für einzelne Substanzen objektive und glaubhafte Informationen vermittelt, um für Risiken, wie Mischkonsum, zu sensibilisieren. (Quelle: www.drogerieprojekt.de) Für die Sicherheit und auch als Beratungsstelle ist die Einrichtung von besonderer Bedeutung. Trotzdem versuchen CDU und AfD bei den Haushaltsplänen diese Gelder immer wieder einzukürzen.

Öffentliches Bewusstsein

Marie und Jens sind mit Leidenschaft bei ihrer Arbeit und sehen ihre Mission darin, Betroffene von Wohnungslosigkeit auf die Hilfsangebote aufmerksam zu machen. Aber sie wollen auch in der Öffentlichkeit Bewusstsein für die Probleme der Menschen schaffen, mit denen sie arbeiten. Durch ihre Präsenz an Schulen und in der Stadt hoffen sie, mehr Menschen zu erreichen und ihnen die Hilfe anzubieten, die sie benötigen. „Die Arbeit der Streetworker ist vielfältig und herausfordernd, aber sie setzen sich mit großem Engagement für die Menschen in Erfurt ein. Die Unterstützung von obdachlosen Menschen ist von unschätzbarem Wert und verdient unsere Anerkennung und Wertschätzung“, sagt Karola Stange und zeigt sich beeindruckt von der Arbeit der beiden.



Thema „Verfassung“

Der Themenschwerpunkt lag in diesem Jahr auf dem Verfassungsjubiläum. „Die Verfassung wird 30 Jahre alt. Sie ist die Grundlage unseres Zusammenlebens. Beim Tag der offenen Tür wollen wir mit den Menschen ins Gespräch kommen. Wir stellen die Arbeit des Landtags vor und laden ein, gemeinsam Demokratie zu gestalten“, sagte Landtagspräsidentin und Abgeordnete Birgit Pommer.

Tag der offenen Tür 2023



Der Einladung des Thüringer Landtages zum Tag der offenen Tür folgten auch in diesem Jahr wieder tausende Menschen. Neben Gesprächsangeboten an den Ständen der Fraktionen gab es ebenso zwei Diskussionsrunden. Im Gespräch mit den Bürger:innen der Fraktionsvorsitzende der DIE LINKE, Steffen Dittes, zum Thema Altersarmut: „Wir brauchen auch allgemeinverbindliche Tarifverträge und armutsfeste Löhne. Dazu gehört die solidarische Ausfinanzierung der Kranken- und Pflegeversicherung.“

In der Podiumsdiskussion zum Thema „Verfassung“ sprach sich die Sprecherin für Verfassung, Anja Müller, dafür aus, die Verfassung mit dem gesellschaftlichen Fortschritt weiter auszubauen. „Die Gesellschaft entwickelt sich weiter, und so muss sich auch die Verfassung den Herausforderungen dieser Entwicklung stellen und sich weiterentwickeln“, so Müller. Wir danken allen für die vielen guten und konstruktiven Gespräche und Begegnungen.

